

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Florian von Brunn

Erster Vizepräsident Karl Feller

Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn

Abg. Dr. Martin Huber

Abg. Martin Stümpfig

Abg. Benno Zierer

Abg. Christoph Skutella

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 4 a** auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Florian von Brunn, Annette Karl, Ruth Müller u. a. und Fraktion (SPD)

zur Förderung eines sozialen Klimaschutzes in Bayern (Bayerisches Soziales Klimaschutzgesetz - BaySozKlimaSchG) (Drs. 18/21212)

- Erste Lesung -

Begründung und Aussprache werden miteinander verbunden. Als erstem Redner erteile ich dem Kollegen von Brunn das Wort. Bitte schön.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Die SPD legt heute hier im Landtag ein Soziales Klimaschutzgesetz für Bayern vor. Eigentlich hatten wir irgendwie gehofft, dass die Staatsregierung mal zu Potte kommt und hier Ersatz für das längst renovierungsbedürftige, überfällige Klimagesetz einbringt. Darauf warten wir seit Langem vergeblich. Ich weiß auch, dass es nicht an den FREIEN WÄHLERN liegt. Umweltminister Glauber hätte das schon machen wollen, aber die CSU und der Ministerpräsident blockieren das. Wir übernehmen heute eine Regierungsaufgabe, weil sich CSU und FREIE WÄHLER nicht einigen können, weil sie streiten und es deswegen nicht schaffen, in der Klimapolitik voranzukommen. Uns als SPD ist es aber wichtig, gerechten Klimaschutz in Bayern zu verwirklichen. Das sind wir unseren Kindern schuldig, die auch das Recht haben, noch eine lebenswerte Welt vorzufinden.

(Beifall bei der SPD)

Wir als SPD haben schon vor fast einem Jahr in Zusammenarbeit mit dem renommierten Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung einen Masterplan für ein soziales und klimaneutrales Bayern bis spätestens 2040 vorgelegt, eine Mission Zukunftsgerechtigkeit. Jetzt unterstreichen wir dieses wichtige Projekt durch unser Soziales Klimaschutzgesetz. Wir müssen aber auch wegen Putins verbrecherischen Angriffskriegs gegen die Ukraine eine unabhängige, bezahlbare und klimafreundliche Energieversor-

gung schaffen; das ist jetzt noch dringlicher als vorher. Auch deswegen ist ein gutes Klimaschutzgesetz dringend notwendig.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, Bayern ist ein starkes und wirtschaftlich erfolgreiches Land. Wir als SPD wollen, dass unser Freistaat ein Vorbild in Sachen Klimaschutz ist. Wir wollen zeigen, dass eine moderne Wirtschaft erfolgreich klimaneutral werden kann.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen aber auch gerechten Klimaschutz, der niemand über Gebühr belastet, der Arbeitsplätze schafft und nicht kostet. Das ist uns als SPD im Interesse der Menschen besonders wichtig. Deswegen sieht unser Gesetz vor, dass alle klimapolitischen Maßnahmen auch auf ihre sozialen Auswirkungen hin überprüft werden sollen. Klimaschutz ist in unseren Augen aber auch eine große Chance für neue und nachhaltige Wertschöpfung und Innovation, die wir ergreifen wollen. Wir haben in Bayern die Möglichkeiten und Ressourcen, um einen solchen gerechten und erfolgreichen Klimaschutz mit dem Ziel zu verwirklichen, dass Bayern spätestens 2040 klimaneutral ist.

Ein Projekt, das im Mittelpunkt unseres Gesetzes steht, ist eine mutige und kraftvolle Energiewende. Die SPD-geführte Bundesregierung hat gerade ein großes Entlastungspaket auf den Weg gebracht, um den Bürgerinnen und Bürgern angesichts der stark gestiegenen Energiepreise zu helfen. Wir tun alles, um die Menschen zu entlasten.

(Beifall bei der SPD)

Aber wir müssen jetzt gleichzeitig die Weichen so stellen, dass wir uns von den fossilen Energien, den Preistreibern bei der Energie, unabhängig machen. Ein entscheidender Schritt ist für uns dabei die Abschaffung des Windkraftstopps 10 H. Die Windkraft ist die günstigste Form der Energieerzeugung und die perfekte Ergänzung der Sonnenenergie.

(Beifall bei der SPD)

Wenn die Sonne nicht scheint, weht meistens der Wind, sei es im Winter oder in der Nacht. Ohne Windkraft funktioniert die Energiewende nicht, und ohne Energiewende kann Klimaschutz nicht gelingen.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen also beides in Bayern: Sonnenenergie und Energie aus Windkraft. Unser Gesetzentwurf sieht deswegen die Abschaffung von 10 H genauso vor wie eine Pflicht, bei Neu- und Umbau von Gebäuden Photovoltaik zu installieren. Das gilt sowohl für den Gewerbe- als auch für den Privatbereich. Wir setzen also neben dem Wind auch auf die Sonne. Ich freue mich, dass das auch der Wirtschaftsminister gestern eingeräumt hat. Ja, wir brauchen sehr viel mehr Windräder in Bayern. Bei Markus Söder und der CSU, Herr Umweltminister, scheint der Groschen dagegen noch nicht ganz gefallen zu sein. Aber wir hoffen darauf, dass Sie als Koalitionspartner da nachhaltig anschieben. – Übrigens brauchen wir auch viel mehr Nutzung von Erdwärme. Das haben wir in den Haushaltsberatungen durch unsere Anträge für die Geothermie und den Ausbau von Fernwärmenetzen deutlich gemacht.

Eine mutige und kraftvolle Energiewende – ich habe das schon angedeutet – ist nicht nur für das Klima gut. Sie hilft uns auch, von Putins Öl, Gas und Kohle unabhängig zu werden. Es ist eben nicht so, wie Konservative uns weismachen wollen, dass wir jetzt wegen Putin und seines Kriegs gegen die Ukraine die Uhr zurückdrehen müssen. Nein, im Gegenteil: Wir müssen Mut haben und bei der Energiewende und beim Umstieg auf klimafreundliche, sichere Energie für Bayern schneller werden. Das ist ein wichtiges Ziel von uns.

(Beifall bei der SPD)

Wir gehen mit dem Gesetz aber noch ein weiteres wichtiges Thema an. Bayern hat den höchsten Ausstoß an Treibhausgasen im Verkehrssektor. Das wollen wir ändern.

Deswegen wollen wir unter anderem auch den klimafreundlichen öffentlichen Verkehr fördern und ausbauen. Wir wollen mehr Bus und Bahn, vor allem auch im ländlichen Raum. Dafür wollen wir aus der Bayerischen Eisenbahngesellschaft eine Bayerische Mobilitätsgesellschaft machen. Sie soll den Städten und Landkreisen, also den Trägern des Nahverkehrs, bei der Einrichtung von übergreifenden Expressbusverbindungen helfen und die Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken voranbringen. Auch das steht in unserem Gesetzentwurf.

Unser Gesetzentwurf sieht außerdem vor, den Treibhausausstoß im Freistaat auf dem Weg zur Klimaneutralität 2040 bis zum Jahr 2030 um mindestens 70 % und bis zum Jahr 2035 um mindestens 85 % schrittweise zu reduzieren. Die öffentliche Verwaltung im Freistaat soll unserer Vorstellung nach sogar schon bis zum Jahr 2028 klimaneutral werden.

Wir wollen für jeden Sektor in Wirtschaft und Gesellschaft in Bayern – von der Energieerzeugung über den Verkehr bis zu den Gebäuden und der Landwirtschaft – Klimaschutzziele festlegen. Wir wollen regelmäßig kontrollieren, ob diese Ziele eingehalten werden. Falls sie nicht erreicht werden und der CO₂-Ausstoß trotzdem über Gebühr steigt, sieht unser Gesetzentwurf einen Nachsteuerungsmechanismus vor. Dann werden innerhalb dreier Monate zusätzliche Klimaschutzmaßnahmen notwendig.

Wir wollen den Klimaschutz zu einer Leitschnur für die bayerische Politik machen. Deshalb sollen in Zukunft jede Rechtsnorm und jedes Gesetz auf ihre Klimawirkung überprüft werden. Ähnliches gilt für die Haushaltspolitik. Wir wollen, dass jede Ausgabe in Zukunft mit Blick auf den Klimaschutz überprüft wird und dass klimafeindliche Subventionen abgebaut werden. Das ist für uns ein wichtiger Hebel, um guten und effektiven Klimaschutz in Bayern zu verwirklichen.

(Beifall bei der SPD)

In den Städten und Gemeinden, von unseren Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern vor Ort wird konkreter Klimaschutz betrieben. Hier findet die Umsetzung von Klima-

schutzmaßnahmen statt. Deswegen wollen wir unsere Kommunen für diese wichtige Zukunftsaufgabe stärken. Wir wollen, dass Klimaschutz zu einer besonderen Pflichtaufgabe für die bayerischen Kommunen wird. Das heißt auch – und das ist ganz wichtig –, dass die Staatsregierung den Städten und Gemeinden die notwendigen Haushaltsmittel für diese wichtigen Klimaschutzaufgaben zur Verfügung stellen muss. Das ist auch deshalb wichtig, weil wir nicht wollen, dass einzelne Kommunen bzw. Regionen benachteiligt werden. Wir als SPD wollen Kommunen, Klimaschutz und gleichwertige Lebensverhältnisse zusammenbringen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, aus dem Gesagten wird klar: Wir packen mit diesem Gesetzentwurf zentrale Stellschrauben für den Klimaschutz in Bayern an. Wir als SPD wollen mit unserem Sozialen Klimaschutzgesetz erreichen, dass Bayern bis zum Jahr 2040 klimaneutral ist, und wir wollen so schnell wie möglich unabhängig von russischem Öl und Gas sowie russischer Kohle werden. Wir wollen gerechten Klimaschutz, der niemanden über Gebühr belastet und nicht Arbeitsplätze kostet, sondern schafft. Wir setzen dafür auf neuen Schub für die Energiewende und auf den Ausbau des öffentlichen Verkehrs gerade auf dem Land. Wir als SPD sehen Klimaschutz als Innovationsmotor, der Arbeitsplätze schafft und Bayerns Wohlstand nachhaltig für die Zukunft sichert. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Abgeordneter, vielen Dank. – Bitte bleiben Sie noch am Rednerpult. Es gibt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung. Herr Abgeordneter Prof. Hahn, bitte schön.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Werte SPD, Herr von Brunn, Sie sagen hier, dass bis zum Jahr 2030 70 % der Emissionen eingespart werden sollen. Das ist ein absolut unrealistischer Zeithorizont. Das, was Sie damit bewirken werden, ist genau das Gegenteil: Sie werden diese Republik und Bayern deindustrialisieren. Sie werden Tausende und Abertausende Jobs damit vernichten.

Als Zweites möchte ich Ihnen ins Buch schreiben: Das Gebäudesanierungsprogramm, das Sie hier vorschreiben, ist ganz klar dazu geeignet, die Vermieter in hohe Investitionen zu treiben. Wer wird denn diese hohen Investitionen im Endeffekt tragen? – Natürlich werden die Kosten auf die Mieter umgelegt werden.

Das sind zwei Punkte, die ganz klar zeigen, wie unsozial das ist. Ich sage Ihnen eines: Die AfD ist die neue Partei für Menschen mit kleinem oder mittlerem Einkommen. Das neue Rot ist blau.

(Widerspruch bei der SPD)

Wenn Sie mit diesem Antrag eine soziale Schieflage hervorrufen wollen – sie ist vorprogrammiert –, dann kann ich Sie hier nur fragen, ob das etwa ein Entwurf für ein unsoziales Klimaschutzgesetz sein soll.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. – Herr von Brunn, bitte schön.

Florian von Brunn (SPD): Herr Hahn, es kam mir gerade während Ihrer Ausführungen so vor, als ob Sie blau wären.

(Zurufe)

Tatsächlich wissen wir aber aus Ihren bisherigen Äußerungen, dass Sie überhaupt keinen Klimaschutz machen wollen, dass Sie die Uhr zurückdrehen wollen, dass Sie auf eine Politik setzen, die die Zukunft unserer Kinder vernichtet. Sie werden doch jetzt nicht von mir erwarten, dass ich Ihnen, nachdem Sie hier solchen Unsinn verbreiten, auch noch recht gebe? – Nein, wir setzen auf sozialen Klimaschutz. Wir sind die Partei, die für Gerechtigkeit steht. Sie sind das Gegenteil davon. Mehr muss man dazu nicht sagen.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. – Es liegt keine weitere Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. Ich darf den nächsten Redner aufrufen. Das ist Herr Dr. Martin Huber für die CSU-Fraktion.

Dr. Martin Huber (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die SPD legt einen Gesetzentwurf für einen sozialen Klimaschutz vor. Die SPD entdeckt also die soziale Komponente.

Ich kann mich noch gut an viele Diskussionen hier im Bayerischen Landtag zum Klimaschutz und zum Klimaschutzgesetz erinnern. Immer dann, wenn Kolleginnen und Kollegen von der CSU-Fraktion oder ich darauf hingewiesen haben, dass Klimaschutz sozialverträglich sein und mit wirtschaftlicher Wertschöpfung verbunden werden muss, dann gab es aus Ihrer Ecke Zwischenrufe, Buhrufe und Widerspruch. Uns wurde vorgeworfen, wir würden beim Klimaschutz nicht genug tun.

(Florian von Brunn (SPD): Das stimmt nicht!)

Es ging dann noch weiter: Sehr geehrter Herr von Brunn, es war die Bayern-SPD, die am Anfang immer darauf gesetzt hat, dass der CO₂-Preis noch höher ist und noch schneller steigt.

(Florian von Brunn (SPD): Auch das stimmt nicht!)

Als wir als CSU gesagt haben: Ja, wir wollen einen CO₂-Preis, wollen aber, dass er maßvoll eingeführt wird und maßvoll steigt –, wurde uns vorgeworfen, wir würden beim Klimaschutz nicht genug tun. Wir waren immer diejenigen, die betont haben, dass wir das Zieldreieck aus wirtschaftlich, sozial und ökologisch brauchen. Sie haben das aber kritisiert.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wenn Sie jetzt so tun, als wäre die Ampel in Rekordgeschwindigkeit angetreten, um die Menschen zu entlasten, dann sage ich Ihnen: Das Gegenteil ist richtig. Ganz, ganz

zäh ist das gelaufen, um die Menschen bei den Energiekosten jetzt zu entlasten. Das ist aber auch kein Wunder bei einem Bundeskanzler, der auf die Frage nach dem Spritpreis arrogant antwortet: Keine Ahnung, ich tanke ja nicht selber.

Nehmen wir doch als Beispiel auch das Trauerspiel um die KfW-Förderung – ein einziger Vertrauensbruch, was Sie hier abgeliefert haben! Das war Politik gegen den ländlichen Raum, Politik gegen Familien und Politik gegen jene, die versuchen, sich Eigentum zu schaffen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Bei der erneuten KfW-Förderung haben Sie jetzt die Fördersätze halbiert, um möglichst vielen Antragstellern die Förderung zu ermöglichen. Was war das Resultat? – Nach nur einem Vormittag waren die Mittel aufgebraucht.

Wo ist bei der SPD die soziale Gerechtigkeit, wenn sie konkret etwas dafür tun könnte? Wo ist Bundeskanzler Scholz bei diesem Thema, wenn es konkret wird? Angeblich bekommt bei Scholz nur derjenige Führung, der sie bestellt hat. Ich habe den Eindruck: Das Einzige, was Olaf Scholz führen kann, sind Strichlisten und Tagebücher, sonst nichts.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Jetzt haben Sie hier in Bayern einen Gesetzentwurf für sozialen Klimaschutz eingebracht, ohne dabei wirklich konkret zu werden. Herr von Brunn, Sie haben in Ihrem Vortrag wenige Aspekte gebracht, die wirklich sozial sind. Sie sind auf ein paar Vorschläge eingegangen, die eine Kombination aus Regelungen des Bundesklimaschutzgesetzes sind, und versuchen, das auf die Landesebene zu übertragen. Die soziale Komponente ist hier faktisch nur sehr schwach ausgeprägt.

Die verschärften Klimaschutzziele, die Sie durchaus ansprechen, gehen weit über das hinaus, was auf der EU-Ebene und auf der Bundesebene bereits vereinbart wurde. Es

fehlen zum Teil die Kompetenzen auf Landesebene, um das umzusetzen, was Sie überhaupt fordern: Für die Festlegung von Sektorzielen gibt es auf Landesebene überhaupt keine gesetzliche Grundlage, da die Klimaschutzziele auf EU-Ebene und auf Bundesebene verankert sowie auch in internationalen Verträgen fixiert sind. So ist zum Beispiel für die Festlegung nationaler Minderungsbeiträge nach dem Pariser Abkommen der Bund zuständig. Entsprechend ist dann eine Festlegung verbindlicher Jahresemissionsmengen für Sektoren auf Landesebene gar nicht notwendig.

Eine umfassende Klimaberichterstattung, wie Sie sie in Artikel 6 fordern, ist nach den Vorgaben des Bayerischen Klimaschutzgesetzes bereits vorgeschrieben. Weitere Berichtspflichten, wie Sie sie fordern, führen zwar zu mehr Bürokratie, aber nicht zu mehr Klimaschutz. Den Klimarat, den Sie fordern, haben wir auch schon.

Die eigentlich soziale Komponente erschöpft sich bei Ihnen in einer allgemeinen Pflicht, Ungleichheiten im Zusammenhang mit klimapolitischen Maßnahmen zu prüfen und gegenzusteuern, um die Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen in Bayern zu sichern. Genau das ist in Bayern aber bereits eine Aufgabe von Verfassungsrang und wird sowieso in allen Politikbereichen permanent überprüft; es wird überall versucht, ihr Rechnung zu tragen.

Sie erwähnen eine Vorbildfunktion für die Staatsverwaltung. Auch diese haben wir in unserem Bayerischen Klimaschutzgesetz bereits fest verankert. Wir unterstützen auch die Kommunen beim Klimaschutz. Wir fördern entsprechende Programme und Planungen bei der Kälte- und Wärmeplanung. Auch die Maßnahmen zur Klimaanpassung, die Sie aufrufen, werden in Bayern bereits umgesetzt.

Sie kritisieren ja auch immer ganz massiv das Bayerische Klimaschutzgesetz. Sie haben sogar Verfassungsklage eingereicht. Das war groß in den Medien: Das Bayerische Klimaschutzgesetz wird vor dem Bundesverfassungsgericht beklagt. – Was ist eigentlich dabei herausgekommen? Gibt es da schon ein Ergebnis? – Mit Verlaub, es gibt ein Ergebnis. Ich hätte mir aber schon gewünscht, dass über das Ergebnis genau-

so umfassend berichtet wird wie über das Einreichen der Klage; denn die Klage wurde abgewiesen. Das Bundesverfassungsgericht hat deutlich gemacht, dass sich der Freistaat als Bundesland rechtlich gesehen überhaupt kein Klimagesetz geben müsste, solange es auf Bundesebene eines gibt, das den Anforderungen standhält. Rechtlich trägt der Bund die Verantwortung, und das unterstreicht die Rechtsauffassung, die wir hier immer wieder deutlich gemacht haben, nach der die gesetzlichen Regelungskompetenzen beim Bund und bei der EU liegen

(Beifall bei der CSU)

und wir hier in Bayern den Klimaschutz vor allem mit konkreten Maßnahmen voranbringen können, mit den konkreten Maßnahmen, die Sie immer wieder in Zweifel ziehen, die Sie immer wieder kritisieren. Diese konkreten Maßnahmen, es sind über 100 an der Zahl, umfassen alle Lebens- und Politikbereiche. All das wurde im Grundsatz vom Bundesverfassungsgericht bestätigt. Ich kann dazu nur sagen: Wir gehen unseren Weg weiter.

Sie haben sich hier hingestellt und gesagt, Sie sehen Klimaschutz als Innovationsprojekt. Ich muss sagen, das ist schon einmal erfreulich, denn da merke ich, es ist nicht ganz umsonst, wenn ich zu Ihnen spreche. Immerhin haben Sie diese Auffassung von uns übernommen, wonach Klimaschutz ein Projekt für Innovation und Hightech ist, wie das zum Beispiel auch in der Hightech Agenda der Bayerischen Staatsregierung angepackt und umgesetzt wird. Wir gehen diesen Weg deshalb kraftvoll weiter

(Zuruf von den GRÜNEN)

und verbinden Klimaschutz und Wertschöpfung. Wir haben dabei insbesondere auch die Sicherheit der Arbeitsplätze im Blick. Gerade dafür wurden wir aber, wie eingangs schon erwähnt, von Ihnen immer wieder kritisiert. Sie haben genügend Hausaufgaben in Berlin zu erledigen, damit der Klimaschutz in sozialer Verantwortung gelingt.

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

In diesem Sinne: Danke für die Aufmerksamkeit. Herr Kollege Schuberl, Sie können sich hier gerne melden.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Abgeordneter, es gibt eine Zwischenbemerkung von Herrn von Brunn.

Florian von Brunn (SPD): Herr Huber, ich wollte gerne einmal konkret von Ihnen wissen, weil mir das selbst gar nicht bekannt ist, wann wir, die SPD, denn gegen das Bayerische Klimaschutzgesetz vor dem Bundesverfassungsgericht geklagt haben sollen? Das können Sie uns gerne heraussuchen. Ich glaube, das hat sich vor allem in Ihrer Fantasie abgespielt.

Dr. Martin Huber (CSU): Nein, denn Sie haben sich einer Klage angeschlossen, die beim Bundesverfassungsgericht gegen die Klimaschutzgesetze sämtlicher Bundesländer eingereicht wurde, darunter auch Bayern. Vielleicht müssen Sie in Ihren Unterlagen noch einmal nachschauen. Vielleicht war das auch noch Ihr Vorgänger als Fraktionsvorsitzender oder als Landesvorsitzender. Das weiß ich nicht. Auf jeden Fall war die Bayern-SPD aber mit dabei, als es darum ging, vor dem Bundesverfassungsgericht einige Klimaschutzgesetze der Bundesländer überprüfen zu lassen.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der CSU: Hört, hört!)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Gut, vielen herzlichen Dank. Weitere Meldungen zu Interventionen liegen nicht vor. – Damit darf ich zum nächsten Redner kommen. Das ist Herr Abgeordneter Martin Stümpfig von den GRÜNEN. Bitte schön, Herr Abgeordneter Stümpfig.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die CO₂-Bilanz der Bayerischen Staatsregierung ist verheerend. Wir haben bis auf eine kurze Verschnaufpause im Jahr 2020 durch Corona steigende CO₂-Emissionen. Heute werden hier in Bayern immer noch rund 100 Millionen Tonnen

emittiert. Ungefähr 80 Millionen Tonnen sind energiebedingt, 20 Millionen Tonnen sind nicht energiebedingt. Wir haben also einen Stillstand beim Klimaschutz. Es ist nicht so, wie mein Vorredner von der CSU, Herr Huber, das darstellt, der immer in großen Tönen lobt, was alles getan wird. Wo sind denn die Maßnahmen, Herr Huber, die Sie gerade in Ihr Handy hineintippen? Wo sind denn die Maßnahmen beim Klimaschutz, die hier von der Bayerischen Staatsregierung umgesetzt wurden?

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Martin Huber (CSU))

Sie sind nicht da. Wenn das irgendwelche Luftnummern sind, dann sind sie auf jeden Fall nicht wirksam;

(Beifall bei den GRÜNEN)

denn die CO₂-Emissionen haben nur einen Weg, und das ist nach oben.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Dr. Martin Huber (CSU))

Wir brauchen in Bayern ein wirksames Klimagesetz. Wir, die Landtagsfraktion der GRÜNEN, haben bereits dreimal einen Entwurf eingereicht. Er wurde jedes Mal abgelehnt. Ich bin dankbar, dass die SPD heute einen Entwurf vorlegt. Es wäre schön, wenn die CSU einen einreichen würde, aber darauf werden wir noch lange warten können. Der Entwurf der SPD geht in vielen Punkten mit unseren Entwürfen parallel; denn genau das, was auch die Experten immer wieder fordern, ist darin enthalten. Wir brauchen ein anständiges Monitoring, aber das ist im bisherigen Bayerischen Klimagesetz gerade nicht enthalten. Des Weiteren brauchen wir einen Klimarat, der unabhängig ist. Wir brauchen Sektorziele usw. usf. Es gibt ein paar Details, da würde uns dieses oder jenes besser gefallen; das können wir aber noch in den Ausschüssen diskutieren. Grundsätzlich ist es aber wichtig, dass wir in Bayern ein wirksames Klimagesetz haben. Deshalb brauchen wir heute diese Debatte dazu. Mit den leeren Versprechungen der Söder-Regierung muss endlich Schluss sein.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von den GRÜNEN: Bravo!)

Ende März, Anfang April hatten wir zwei Berichte des IPCC, des Weltklimarats, die aber leider aufgrund des Ukraine-Krieges weitestgehend untergegangen sind. Diese Berichte haben noch einmal deutlich gemacht, dass etwa ein Drittel der Menschheit in sogenannten Hotspots lebt. In diesen Hotspots der Klimakrise, der Erdüberhitzung, leiden 15-mal mehr Menschen an Stürmen, Hochwasser, Hitzewellen und Dürren oder finden gar den Tod als in den anderen, den etwas gemäßigteren Zonen. Wir in Europa haben das Glück, dass wir hier in einem weniger verwundbaren Teil der Erde leben. Der Rückgang der Artenvielfalt, die Wasserknappheit, der Verlust von Menschenleben, der Rückgang des Wirtschaftswachstums usw. usf., das ist überall dramatisch. Diese globale Erwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen, würde alle Risiken erheblich reduzieren. Wir hier in Bayern könnten dazu einen wichtigen Beitrag leisten. Gleichzeitig könnten wir, weil die Klimakrise ein enormer Konflikttreiber ist, kriegerische Auseinandersetzungen auf der Welt massiv reduzieren. Das muss unser Anspruch sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn Ihnen von der CSU und von den FREIEN WÄHLERN – ich muss dazu sagen, die FREIEN WÄHLER haben zumindest den Entwurf vorgelegt, die CSU blockiert hier – diese Argumente nicht ausreichen, dann schauen Sie doch einmal, was momentan in der Ukraine bei diesem schrecklichen Angriffskrieg von Putin und Russland passiert. Wir müssen uns endlich, und das ist mein nächstes Argument, aus der Abhängigkeit von Öl und Gas, von den Schurkenstaaten lösen. Wir brauchen endlich den Ausbau der Energiegewinnung aus Wind, Sonne und Geothermie. Das sind die drei großen Bausteine, bei denen wir in Bayern auch wirklich große Potenziale haben. Kein Mensch kann mehr verstehen, dass Sie noch immer an der 10-H-Regelung festhalten. 10 H muss endlich abgeschafft werden!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kein Mensch kann mehr verstehen, dass Bayern noch immer keine Solarpflicht hat. Man kann auch nicht verstehen, dass das große Potenzial für Geothermie in ganz Bayern bis heute noch nicht erkundet ist und nicht genutzt wird. Wir haben noch immer 76 % fossile Energien in Bayern. Das ist viel zu viel. Wir GRÜNEN wollen 100 % erneuerbare Energien, und zwar so schnell wie es geht. Dafür werden wir weiter kämpfen.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Huber, bei Ihrem Zieldreieck "Wirtschaftlich, sozial, ökologisch" muss ich schon lachen. Was bei Ihnen in den letzten Jahrzehnten übrig geblieben ist, das ist doch nur eines. Da geht es nur um Wirtschaft, Wirtschaft, Wirtschaft. Man sieht das auch. Wir waren bei den erneuerbaren Energien einmal auf Platz eins. Mittlerweile haben uns andere Bundesländer weit überholt, vor allem durch den Ausbau der Windkraft. Heute sind wir auf Platz eins bei der Abhängigkeit von Öl und Gas, die hauptsächlich aus Russland kommen. Außerdem sind wir auf Platz eins mit der Höhe des Schecks, den wir jedes Jahr an Putin überweisen. Da ist Bayern auf Platz eins. Es ist traurig, was die CSU und die FREIEN WÄHLER aus Bayern gemacht haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Abschließend noch kurz zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Diesen Freitag wird es ein Jahr her sein. Als Erster ging unser Ministerpräsident Söder hinaus und sagte: Wir brauchen eine Generalrenovierung der bayerischen Klimagesetze. – In drei Tagen wird das ein Jahr her sein. Aber was haben wir bis heute? – Wir haben immer noch nichts. Der Entwurf schimmelt seit bald sechs Monaten in der Staatskanzlei irgendwo herum, der Entwurf eines Klimagesetzes, zu dem die Stellungnahmen wieder miserabel sind, zu dem alle sagen: Dieser zweite Aufschlag kann nichts werden.

Wir sagen deshalb ganz klar: Jetzt endlich Klimaschutz machen! Nehmen Sie die Stellungnahme der Verbände ernst, die für die Staatsregierung wirklich verheerend sind. Packen Sie es endlich an, machen Sie den Staat als Vorbild. Schaffen Sie 10 H ab,

führen Sie eine Solarpflicht ein. Machen Sie ein Wärmegesetz und einen Masterplan für Geothermie und vieles, vieles mehr. Das ist mehr als dringlich, und das muss endlich kommen.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Prof. Dr. Hahn möchte eine Zwischenbemerkung machen. Bitte schön, Herr Prof. Dr. Hahn.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Werter Herr Stümpfig, werte GRÜNE! Sie sind mit Ihren Klimagesetzentwürfen dreimal gescheitert. Das haben Sie selbst sehr schön gesagt. Heute laufen Sie weitgehend parallel mit dem SPD-Entwurf. Sie werden damit auch ein viertes Mal scheitern, da bin ich ganz sicher, auch aus dem Grund, weil Sie den Menschen gar nicht sagen, was Sie eigentlich vorhaben.

Sie wollen 2040 negative CO₂-Emissionen haben. Das bedeutet für unser Land Deindustrialisierung, vielleicht dann sogar Massenauswanderung, wenn die Leute keine Jobs mehr haben und nicht mehr hier leben können. In Ihrem Kommentar haben Sie eben lobend-wehmütig erwähnt, dass wir im Jahr 2020 während Corona rückläufige CO₂-Emissionen hatten. Ist das etwa Ihr Ziel? Das würde dann nämlich auch erklären, warum sich Ihre grüne Partei so vehement für eine weitere Impfpflicht eingesetzt hat. Dabei wird ganz außer Acht gelassen, dass wir durch die Corona-Krise den kommenden Generationen riesige Schuldenberge aufgetürmt haben.

Insofern kann ich eigentlich nur mit dem Kopf schütteln und Sie fragen, ob Sie wieder in eine solche Corona-Situation zurückwollen, wo dann vielleicht der CO₂-Ausstoß negativ ist, aber alles andere in dieser Gesellschaft leider auch.

(Zuruf von den GRÜNEN: Die Fragen werden immer blöder!)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. – Bitte schön, Herr Stümpfig.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Herr Hahn, Sie erkennen nicht den kausalen Zusammenhang zwischen einem Anstieg der CO₂-Konzentration in der Atmosphäre und der Klimaüberhitzung. Sie konstruieren irgendwelche Zusammenhänge zwischen der Corona-Situation und dem Rückgang der CO₂-Emissionen. Das ist alles sehr wirr. Ihre Frage ist sehr wirr. Ihre Gedankengänge sind mehr als wirr. Daher kann ich nicht mehr darauf antworten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bitte noch am Pult bleiben. Es gibt eine zweite Intervention von Herrn Dr. Martin Huber. Bitte schön.

Dr. Martin Huber (CSU): Herr Kollege Stümpfig, Sie haben die Abhängigkeit von russischem Erdgas angesprochen. Deshalb meine Frage an Sie als Mitglied der GRÜNEN und damit auch als Mitglied der Ampelkoalition: Wie bewerten Sie denn dann, auch im Rückblick, die entsprechenden Initiativen von Sigmar Gabriel, Gerhard Schröder und nicht zuletzt Manuela Schwesig, also Personen Ihres Koalitionspartners? Diese haben zum Teil mit massiven Trickereien – betrachten wir die Klimaschutzstiftung in Mecklenburg-Vorpommern – höchst zweifelhafte Initiativen entwickelt, um die Gasimporte aus Russland zu erhöhen und unsere Abhängigkeit davon noch zu vergrößern. Wie bewerten Sie dies dann aus dem Blickwinkel, den Sie gerade angesprochen haben?

Martin Stümpfig (GRÜNE): Wir sind hier in Bayern. Wir sind hier in Bayern gemeinsam mit der SPD Opposition.

(Lachen bei der CSU)

Es ist schon eigenartig, dass Sie jetzt uns als grüner Fraktion genau diese Frage stellen, wo wir doch die Einzigen waren, die von Anfang an klar gesagt haben: Nord Stream 2 lehnen wir ganz klar ab. – Was war denn die Rolle der CSU in Berlin?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was haben denn Sie gemacht, oder was machen Sie teilweise heute noch? Das Land wird immer weiter in Abhängigkeiten getrieben. Als Putin den Erdgaspreis gesenkt hat, war das alles in Ordnung, und da konnte man nicht genug Gas importieren. Jetzt sehen wir aber die Verfehlungen. Das ist Ihre Politik der letzten Jahre. Daran hat die CSU leider einen enormen Anteil, sowohl in München als auch in Berlin.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. Damit ist dieser Wortbeitrag beendet.

– Der nächste Redner ist Herr Abgeordneter Benno Zierer von den FREIEN WÄHLERN. Herr Kollege Zierer, Ihnen gehört für einige Minuten das Rednerpult.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Von einem Sozialen Klimaschutzgesetz hätte ich mir schon etwas mehr erwartet. Ich frage mich: Was ist eigentlich das Soziale an diesem Entwurf? Die soziale Komponente erschöpft sich in einer allgemeinen Pflicht, bei Klimaschutzmaßnahmen die Verteilungswirkung zu prüfen und die Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen zu sichern. Letzteres schreibt uns übrigens schon die Verfassung vor. Vielleicht erklären Sie uns bei den Beratungen in den Ausschüssen noch, wie die SPD sich das konkret vorstellt.

Ansonsten hätten Sie dieses Gesetz durchaus auch Bayerisches Klimaprüfungs- und -berichtsgesetz nennen können. Sie wollen jedes Gesetz auf Klimawirkung hin prüfen. Neben dem Klimaschutz gibt es aber noch weitere Gesichtspunkte, die in eine Abwägung einfließen müssen, unter anderem auch soziale Aspekte. Dies gilt auch für die vorgesehene Prüfung des Haushalts. Dann kommt der Klimarat ins Spiel, der auch wieder umfangreiche Prüfaufgaben hat, zum Beispiel beim jährlichen Klimabericht durch den Umweltminister. Den jährlichen Bericht sieht im Übrigen auch das geplante Änderungsgesetz der Staatsregierung vor.

Wenn wir das alles so umsetzen, wie Sie es vorschlagen, befürchte ich, dass in Zukunft keiner mehr dazu kommen wird, Maßnahmen zu planen und umzusetzen. Dann

wird die gesamte Verwaltung nur mit Prüfen, wieder Prüfen und nochmals Prüfen beschäftigt sein. Das bringt uns eine Klimabürokratie, die sich selbst lähmen wird. Mehr Klimaschutz bringt uns das sicherlich nicht.

Das gilt auch für Kommunen, die verpflichtet werden sollen, eine eigene Klimaschutzstrategie zu erstellen. Die größeren Kommunen machen dies sicher bereits heute, und die kleinen Kommunen arbeiten daran. Macht es wirklich Sinn, dass sich jede 2.000-Einwohner-Gemeinde mit großem Aufwand und hohen Kosten eine solche Strategie erstellen lässt? – Für mich ist das eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für Beratungsbüros. Das Geld und die personellen Ressourcen wären viel besser in konkreten Maßnahmen investiert. Mittlerweile wissen die Kommunen doch, was zu tun ist, und es gibt Best-Practice-Beispiele in Hülle und Fülle.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der SPD, wenn Sie den Klimaschutz per Gesetz als besondere kommunale Aufgabe festschreiben wollen, dann müssen Sie doch zumindest ansatzweise die Kosten beziffern. Davon ist in diesem Entwurf nichts zu lesen. Dabei machen Sie es sich richtig einfach. Natürlich gilt es, die Kommunen beim Klimaschutz nach Kräften zu unterstützen. Das macht der Freistaat bereits, und das seit vielen Jahren. Diese Unterstützung soll mit der Änderung des Bayerischen Klimaschutzgesetzes noch intensiviert werden. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. Dazu gibt es keine Anfragen. – Der nächste Redner ist Herr Prof. Dr. Ingo Hahn von der AfD. Bitte schön.

(Beifall bei der AfD)

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Wertes Präsidium, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ein soziales Klimagesetz fordert die SPD also. Glauben Sie denn wirklich, dass das Gesetz, nur weil Sie es so nennen, auch sozial ist? Wird dadurch irgendetwas

besser werden? – Nein, natürlich wird es das nicht! Werden die Bürger hierdurch auch nur einen einzigen Cent mehr Netto vom Brutto haben? – Nein, natürlich auch das nicht!

Diesen Gesetzentwurf sozial zu nennen, meine Damen und Herren, ist im besten Fall ein Etikettenschwindel; im schlimmsten Fall ist es ein zynisch gemeinter Betrug an den Bürgern.

Nach Ihrer Logik könnten wir in Zukunft alles Unschöne einfach aufwerten, indem wir es sozial nennen. Demnächst bekommen wir dann vielleicht einen Antrag von Ihnen, Herr von Brunn, mit dessen Titel wir etwas anfangen können, wie beispielsweise: Soziale Enteignung fördern – passt das vielleicht zur SPD? – für den Klimaschutz oder geschlechtergerechtes Irgendetwas. Ihre Gründe sind beliebig; das Ziel ist aber immer das Gleiche: Sie wollen unser Geld, um es nach Ihren Vorstellungen umzuverteilen. In diesem konkreten Fall verteilen Sie unser Geld leider von unten nach oben. Die Bürger ächzen nämlich; Ihre Windkraftlobbyisten jubeln.

In Ihrem Entwurf schreiben Sie unter dem Punkt Kosten – ich zitiere –:

Die Erreichung der Klimaneutralität kostet den Staat, die Wirtschaft und Privatpersonen enorme finanzielle Summen, die im Vorfeld noch nicht bezifferbar sind.

Werte SPD, in diesem Punkt sind Sie wenigstens einmal ehrlich. Danach führen Sie weiter aus – ich zitiere –:

Die Investitionen in den Klimaschutz sind jedoch alternativlos. Denn schon jetzt beläuft sich der Schaden von klimabedingten Ereignissen in Bayern in den vergangenen Jahren auf mehrere Milliarden Euro.

Was Sie hier klimabedingte Ereignisse nennen, hat man früher einfach Naturgewalten genannt, und tatsächlich glaubten die Menschen seit jeher, diese auch beeinflussen zu können, etwa durch Opfergaben an diverse Gottheiten.

(Heiterkeit bei der AfD)

An dieser Stelle muss ich dann fasziniert feststellen, liebe SPD, dass sich manches wirklich nie ändert. Ich gestehe Ihnen zu, dass es durchaus ein Fortschritt ist, dass Sie keine Ziegen, Pferde oder gar Menschen an der Opferstelle ausbluten lassen wollen.

(Florian von Brunn (SPD): Oder Esel!)

Stattdessen lassen Sie die Geldbörsen der Steuerzahler ausbluten und versuchen damit, Ihr ganz eigenes ökosozialistisches Utopia zu errichten. Wie in keinem anderen Land steigen in Deutschland die Energiepreise. Das haben wir der Energiewende von SPD und ihrem Altkanzler Schröder zu verdanken, Herr von Brunn. Dieser stellt vielleicht für Sie in diesen Tagen ein besonderes Vorbild dar. Die Menschen sorgen sich wie seit Jahrzehnten nicht mehr um ihre Existenz. Anstatt für Entlastung und Energiesicherheit zu sorgen, wollen Sie mehr von dem, was die Kosten explodieren lässt und die Probleme erst verursacht hat. Das ist Wahnsinn, Böswilligkeit oder beispiellose Ahnungslosigkeit.

Liebe SPD, machen Sie sich endlich ehrlich! Es gibt keinen Klimaschutz. Sozial kann so etwas erst recht nicht sein. Ihr Klimaschutz ist nichts weiter als ein großes Ideologiestück, das riesigen Schaden an Umwelt, Wirtschaft und an den Menschen selbst verursacht.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Prof. Dr. Hahn. – Der nächste Redner ist Christoph Skutella von der FDP-Fraktion. Bitte schön.

Christoph Skutella (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die SPD versucht im dritten oder vierten Anlauf, ein Klimaschutzgesetz samt sozialem Touch auf den Weg zu bringen. Aber auch dieses Mal ist der Entwurf fachlich an vielen Ecken und Enden fehlerhaft. Beginnen wir von vorne. Gleich am Anfang versucht der Kollege von Brunn, sich auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum

Klimagesetz des alten SPD-geführten Bundesumweltministeriums zu berufen. Dabei hat das Bundesverfassungsgericht damals klar herausgestellt, dass Ländergesetze nicht von diesem Urteil betroffen sind. Zudem lehnte es erst im Februar dieses Jahres elf Verfassungsbeschwerden bezüglich strengerer Landesklimaschutzgesetze ab. Da es in den Bundesländern keine CO₂-Budgets gebe, hätten die Klagen auch keine Aussicht auf Erfolg gehabt, so die Verfassungsrichter. Eine Budgetierung von Treibhausgasemissionen ist auf Länderebene grundsätzlich nicht sinnvoll.

Damit wären wir beim zweiten Kritikpunkt dieses Gesetzentwurfs. Die SPD möchte in Bayern Klimaziele einzelner Sektoren einführen, obwohl wir im Koalitionsvertrag in Berlin klar festgelegt haben, diese Sektorenziele im Klimaschutzgesetz abzuschaffen. Die Klimaziele des Bundes sollen in Zukunft anhand einer sektorübergreifenden Gesamtrechnung überprüft werden, und das aus gutem Grund. Starre Sektorziele verhindern, dass in einem Gesamtsystem wie dem Emissionshandel dort Treibhausgase eingespart werden können, wo dies am effizientesten geschehen kann. Herr von Brunn, bei Gelegenheit müssen Sie mir einmal erklären, warum wir etwas in Berlin abschaffen, was wir in Bayern wieder einführen sollen. Das klingt für mich nicht besonders logisch.

(Beifall bei der FDP – Florian von Brunn (SPD): Das hängt auch immer mit dem Koalitionspartner zusammen!)

– Gott sei Dank hängt das auch mit dem Koalitionspartner zusammen.

Auch die Sicherstellung der sozialen Ausgewogenheit erscheint mir fraglich. Uns allen ist klar, dass die finanziellen Belastungen aufgrund von Klimaschutzmaßnahmen wie der CO₂-Bepreisung grundsätzlich ausgeglichen werden müssen. Soziale Ungleichheiten dürfen schließlich nicht der Preis für ein Mehr an Klimaschutz sein. Allerdings ist im Gesetzentwurf nicht festgelegt – das kann ich nicht ganz nachvollziehen –, was die ausgleichenden Gegenmaßnahmen in diesem Kontext konkret sein sollen. Soll der Freistaat jedem bedürftigen Haushalt sämtliche Stromrechnungen, die Heizkosten im

Winter oder die nächste Tankfüllung zahlen? – Ich weiß nicht, was Sie sich bei der SPD genau darunter vorgestellt haben. Konkret kann ich dazu allerdings nichts finden.

Absatz 3 des Artikels ist ebenfalls viel zu weitgehend, wenn die Staatsregierung allein auf Veranlassung des Bayerischen Klimarats verpflichtet wird, Gegenmaßnahmen zur sozialen Ungleichheit zu erlassen. Alles in allem scheint mir dieser Artikel im Besonderen sehr unausgereift zu sein. Auf Bundesebene hat die Ampelkoalition festgelegt, ein Klimageld einzuführen, welches am besten mit den Einnahmen aus dem nationalen Emissionshandel bezahlt wird. An dieser Stelle können wir unsere Koalition loben. Eigentlich sollte es unnötig sein zu betonen, dass ein bayerisches Klimageld nicht sinnvoll ist, da es hierfür in Bayern keine passenden Einnahmequellen gibt, wie das im nationalen Emissionshandel der Fall ist. Das Geld, das man verteilt, sollte man zuerst einmal einnehmen. Das ist jedoch eine Tatsache, die wir der SPD regelmäßig erklären müssen.

(Beifall bei der FDP)

Über die anderen Inhalte wie die Sofortprogramme zur Überschreitung der Jahresemission, die Solarpflicht sowie die Prüfung des gesamten Haushalts nach seiner Klimawirkung werden wir im Ausschuss diskutieren. Ich freue mich darauf.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Skutella. – Ich sehe keine Meldungen zu Zwischenbemerkungen. Damit ist die Aussprache geschlossen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz als federführendem Ausschuss zu überweisen. Erhebt sich Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Damit ist das so beschlossen.